

Hafenausbau: „Begehren unzulässig“

Kölnische Rundschau, von CHRISTIAN DEPPE, 18.01.08, 21:31h

Das Bürgerbegehren „Kein Ausbau des Godorfer Hafens“ ist rechtlich unzulässig. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens, mit dem die Stadtverwaltung einen Fachanwalt beauftragt hatte. Die eigentliche Entscheidung soll am 29. Januar der Rat treffen. Auch wenn er dem Verwaltungsvorschlag folgt, wollen sich die Organisatoren des Begehrens nicht geschlagen geben. „Ich bin sicher, wir werden dagegen juristisch vorgehen“, sagt Helmut Feld von der Aktionsgemeinschaft der Ausbaugesegner.

Das Begehren richtet sich gegen den Beschluss vom 30. August 2007, mit dem sich die Ratsmehrheit für den Hafenausbau ausgesprochen hatte. Daraufhin hatten die Gegner des Vorhabens 37 625 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt, von denen die Verwaltung 31 128 Stimmen als gültig anerkannte. Die erforderliche Zahl von 22 793 war somit weit überschritten. Die nun festgestellte Unzulässigkeit begründet der Experte unter Berufung auf die Gemeindeordnung des Landes. Der Gesetzgeber habe Angelegenheiten, die wie der Ausbau des Hafens im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens entschieden werden, vom Anwendungsbereich des Bürgerbegehrens ausgenommen, so die Stadt. Diese Einschätzung stütze sich unter anderem auf vier Urteile und Beschlüsse des NRW-Oberverwaltungsgerichts. Das Begehren sei auch deshalb unzulässig, weil es keine eigene Sachentscheidung der Bürger darstelle, sondern dem Rat nur eine Vorgabe für eine weitere Sachentscheidung gebe.

Die Aktionsgemeinschaft, unterstützt durch die Grünen, übt heftige Kritik. Feld spricht von einem „Gefälligkeitsgutachten“. Er sei „entsetzt darüber, wie das Votum von knapp 40 000 Bürgern und Wählern sträflich missachtet wird“. Die Gemeinschaft werde das Gutachten rechtlich prüfen lassen, „dann gehen wir in die nächste Runde.“ Die Verwaltung stellt der AG die Durchführung eines Widerspruchsverfahrens ausdrücklich frei.

Nach Ansicht der Aktionsgemeinschaft ist der Ausbau des Hafens im Kölner Süden „ökologisch unvertretbar und finanziell ein Flop“. Dagegen betonte Oberbürgermeister Fritz Schramma gestern noch einmal die Bedeutung des Vorhabens „für das gesamte Kölner Wirtschaftsspektrum“.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1200224780315>